

2016

FZDW-KURZBERICHTE [NO. 8]



FORSCHUNGSZENTRUM
DEMOGRAFISCHER
WANDEL (FZDW)

DEMOGRAFIEBERICHT HESSEN
JONATHAN KOHL & SVEN STADTMÜLLER

1 Einleitung

In diesem Kurzbericht widmen wir uns dem Kernthema des FZDW, nämlich dem demografischen Wandel. Mit diesem Begriff sind Veränderungen in der Bevölkerungszahl und Altersstruktur einer gegebenen Bevölkerung gemeint. Wird in Politik und Medien von *dem* demografischen Wandel gesprochen, so geht es in der Regel um Entwicklungen, die sich auf Deutschland beziehen. Hier wird für die kommenden Jahre und Jahrzehnte eine Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung erwartet. Der Blick auf die demografische Situation in Deutschland verkennt jedoch, dass die Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur regional sehr unterschiedlich verläuft. Zwar wird es in Deutschland in Zukunft insgesamt weniger Menschen geben. Gleichwohl gibt es einzelne Regionen, auf die dies nicht zutrifft und für die vielmehr ein Bevölkerungswachstum angenommen wird. Auch wird die Alterung der Bevölkerung in bestimmten Regionen deutlich schwächer ausfallen als in anderen.

Der vorliegende Kurzbericht setzt sich zum Ziel, diese regionalen Unterschiede in der Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur herauszuarbeiten. Hierzu betrachten wir einerseits die demografischen Entwicklungstrends auf der Ebene der 16 Bundesländer. Bereits hier wird deutlich, dass es *den* demografischen Wandel eigentlich gar nicht gibt. Vielmehr verlaufen die Trends zwischen den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Jedoch bleiben wir nicht bei der Betrachtung der Entwicklungsverläufe auf der Ebene der Bundesländer stehen, sondern schauen uns auch die Trends *innerhalb* eines Bundeslandes an. Hierzu betrachten wir das Land Hessen und werden auch dort unterschiedliche Verläufe in den verschiedenen Regionen erkennen.

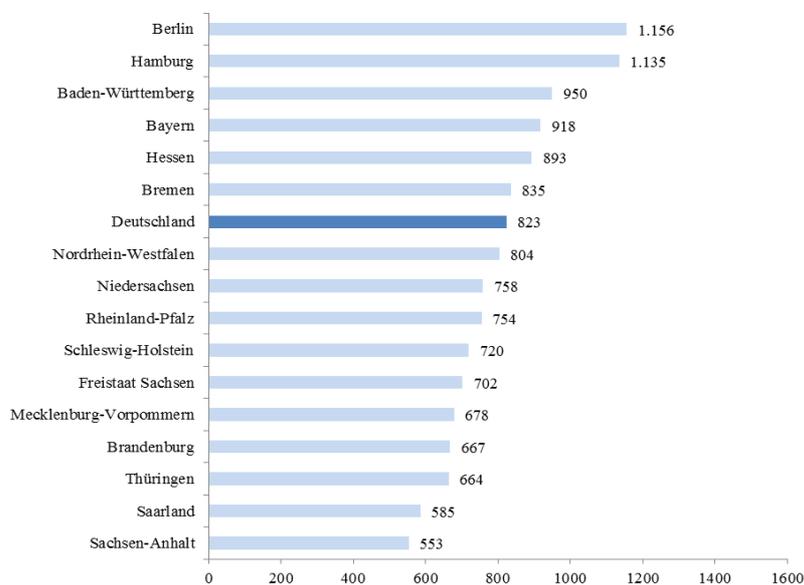
Der Bericht stellt eine Neuauflage des im Jahr 2009 erschienenen Demografieberichts Hessen dar. Dabei konzentriert sich der Bericht einzig darauf, die demografischen Entwicklungstrends näher zu charakterisieren. Die weiteren in der Auflage von 2009 benannten Konsequenzen des demografischen Wandels erfordern keine Aktualisierung, da sie weitgehend ihre Gültigkeit behalten. Der Bericht gliedert sich wie folgt: Zu Beginn gehen wir auf die aktuelle demografische Situation in den Bundesländern ein und nehmen im Anschluss die Lage in Hessen näher in den Blick. Dabei konzentrieren wir uns auf die sogenannte „natürliche Bevölkerungsbewegung“, d. h. auf Geburten und Sterbefälle, sowie auf Wanderungsbewegungen. Im zweiten Teil zeigen wir dann auf, wie sich auf der Basis von Bevölkerungsvorausrechnungen die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur in den Bundesländern und in den hessischen Regionen entwickeln wird.

2 Aktuelle demografische Situation in Deutschland und Hessen

In Deutschland sterben schon seit einigen Jahren mehr Menschen als Kinder geboren werden. Wie es um das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen bestellt ist, möchten wir anhand der Maßzahl „Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle“ verdeutlichen. Nimmt diese Maßzahl Werte um 1.000 an, so zeugt dies von einem ausgeglichenen Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen. Liegt die Maßzahl über 1-000, so gab es in der entsprechenden Region mehr Geburten als Sterbefälle, während Werte kleiner 1.000 darauf hindeuten, dass mehr Menschen gestorben sind als Kinder geboren wurden.

In Deutschland betrug im Jahr 2014 die Zahl der Geburten pro 1.000 Sterbefälle 823. Wie Abbildung 1 zeigt, variiert diese Zahl zwischen den Bundesländern jedoch erheblich. Den geringsten Wert weist Sachsen-Anhalt mit 553 Geburten pro 1.000 Sterbefällen auf. Hier starben somit im Jahr 2014 annähernd doppelt so viele Menschen wie Kinder geboren wurden. Auffällig ist, dass auch die übrigen neuen Bundesländer die hinteren Plätze einnehmen und sich lediglich in einem der alten Bundesländer – namentlich im Saarland – eine ähnliche Konstellation zeigt.

Abbildung 1: Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle im Jahr 2014 (Deutschland)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

Am anderen Ende des Spektrums finden sich die Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die einen Geburtenüberschuss verzeichnen. Berlin erreicht dabei mit 1.156 Geburten pro 1.000 Sterbefälle den höchsten Wert. In Baden-Württemberg besteht zudem ein nahezu ausgeglichenes

Verhältnis von Geburten und Sterbefällen. In den übrigen Bundesländern ist dagegen ein Geburtendefizit zu erkennen.

Womit hängen nun diese Unterschiede zwischen den Bundesländern zusammen? Sowohl die Zahl der Geburten als auch die Zahl der Sterbefälle ist besonders eng mit der regionalen Altersstruktur verknüpft. Leben in einer Region viele alte Menschen, so ist die Zahl der Sterbefälle dort mit großer Wahrscheinlichkeit höher als in einer Region, in der weniger ältere Menschen beheimatet sind. Auch die Zahl der Geburten ist an die Altersstruktur gekoppelt: Regionen, in denen viele junge Menschen leben, dürften mehr Geburten aufweisen, da dort die sogenannte „Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter“ höher ist als in Regionen mit einem vergleichsweise geringen Anteil junger Menschen. Somit sind die Differenzen in den Maßzahlen zwischen den Bundesländern weniger unterschiedlichen Geburtenziffern geschuldet als vielmehr Unterschieden in der Altersstruktur¹. So belief sich bspw. im Jahr 2013 der Anteil von Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Berlin auf 23,9 Prozent, während er in Sachsen-Anhalt lediglich 18,6 Prozent betrug.²

In Hessen fällt die natürliche Bevölkerungsbilanz, d. h. das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen, günstiger aus als auf Bundesebene: Dort kamen im Jahr 2014 auf 1.000 Sterbefälle 893 Neugeborene.. Doch selbst innerhalb Hessens lassen sich massive Unterschiede erkennen: Während lediglich die kreisfreien Städte Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden und Darmstadt sowie der Landkreis Groß-Gerau einen Geburtenüberschuss verzeichnen konnten, wiesen die übrigen 21 Städte und Landkreise ein Geburtendefizit auf. Die Landkreise Werra-Meißner und Vogelsberg verzeichneten dabei sogar eine rund doppelt so hohe Anzahl an Sterbefällen im Verhältnis zur Geburtenzahl. Dagegen kamen in der Stadt Frankfurt 1.486 Geburten auf 1000 Sterbefälle, was einen deutlichen Geburtenüberschuss signalisiert.

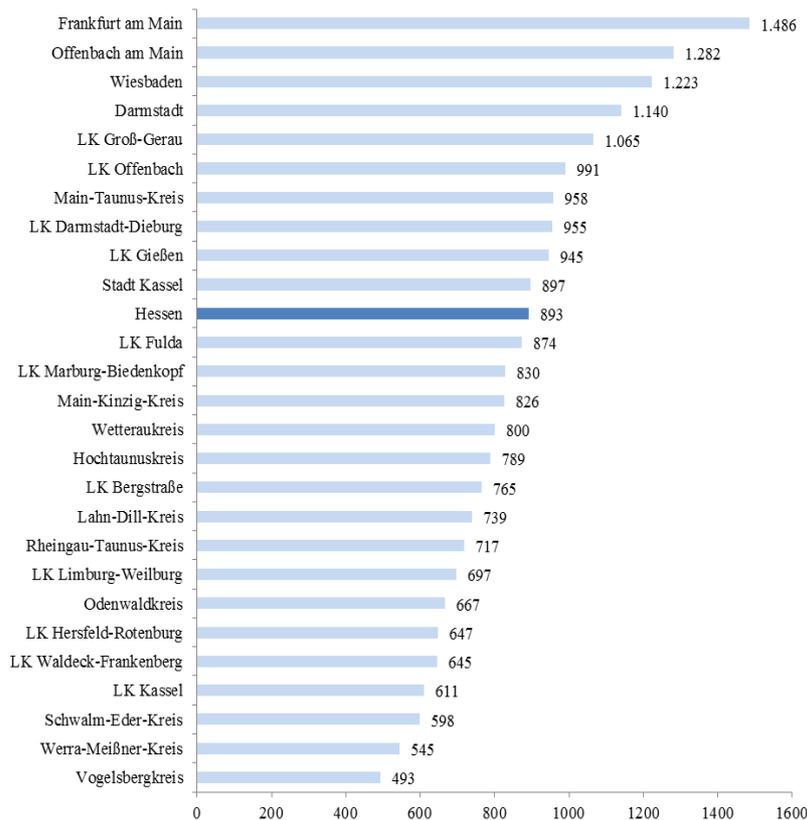
Analog zu den Unterschieden zwischen den Bundesländern lassen sich auch die Differenzen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung innerhalb Hessens durch die unterschiedliche Altersstruktur erklären. So belief sich der Anteil von Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) in der Stadt Frankfurt 2013 auf 26,1 Prozent, während er im Vogelsbergkreis lediglich

¹ Die Geburtenzahl wird einerseits durch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter bestimmt, also von der Anzahl an Frauen in einer Region, die potenziell Kinder gebären können. Andererseits wird sie durch die Geburtenziffer beeinflusst. Diese gibt an, wie viele Kinder eine Frau im gebärfähigen Alter im Mittel zur Welt bringt. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter variiert dabei regional weitaus stärker als die Geburtenziffer. Letztere streute im Jahr 2014 zwischen 1,35 im Saarland und 1,58 in Sachsen.

² Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnung

19,8 Prozent betrug.² Auch hier sind es nicht die Unterschiede im Fertilitätsverhalten der Menschen, welche die Differenzen hervorbringen. Die Geburtenziffer innerhalb Hessens schwankte nämlich lediglich zwischen 1,6 in Offenbach und 1,21 im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Vielmehr sind es vornehmlich die Unterschiede in der regionalen Altersstruktur, die sich für die Variation in der Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle verantwortlich zeichnen.

Abbildung 2: Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle im Jahr 2014 (Hessen)



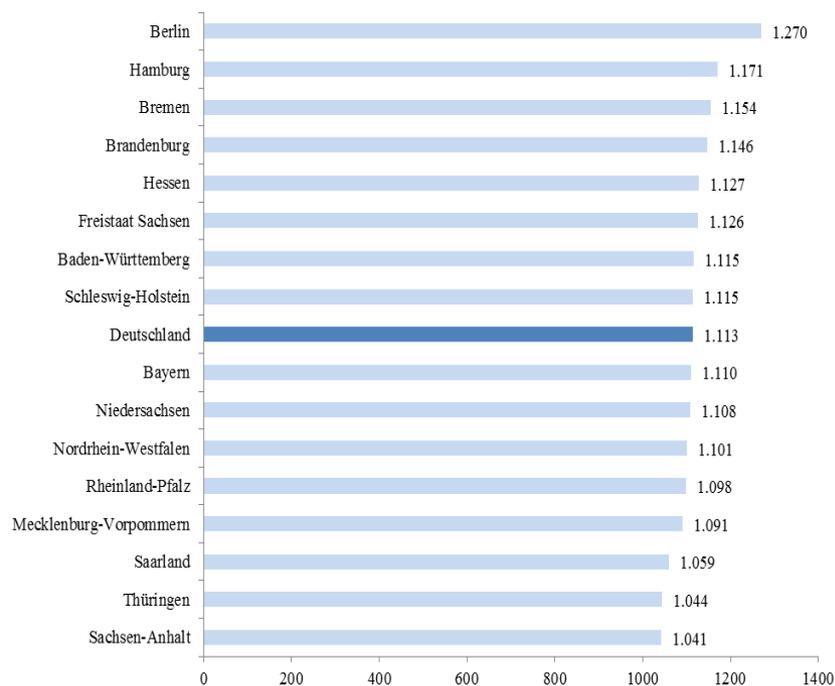
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

Neben der Zahl an Geburten und Sterbefällen wird die regionale Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur durch Wanderungsbewegungen bestimmt. Die Bevölkerungszahl wird dabei direkt durch den sogenannten Wanderungssaldo, d. h. durch den Saldo von Personen, die in eine Region zuziehen und von Personen, die aus der entsprechenden Region fortziehen, beeinflusst. Ebenso wird die Altersstruktur einer Region durch Wanderungen tangiert: Wandern vornehmlich junge Menschen zu, ziehen vornehmlich ältere Menschen weg oder kumulieren sich beide Prozesse, so führt dies zu einer Verjüngung der Altersstruktur durch Wanderung. Eine solche Verjüngung kann dann wiederum indirekt auf die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur einwirken, da eine Verjüngung infolge von Wanderungen die Gebur-

tenzahl stimulieren kann. Im folgenden Abschnitt blicken wir zunächst auf die Wanderungssalden für die 16 Bundesländer im Jahr 2014, ehe wir uns erneut die Situation in Hessen genauer anschauen.

Analog zu Geburten und Sterbefällen können wir mit der Maßzahl „Zahl an Zugezogenen pro 1.000 Fortgezogenen“ Aussagen darüber treffen, in welchem Maße einzelne Bundesländer bzw. Regionen von Zuwanderung profitieren oder Abwanderung zu verkraften haben. Deutschland wies gemäß Abbildung 3 im Jahr 2014 einen positiven Wanderungssaldo auf. Auf 1.000 Menschen, die von Deutschland ins Ausland abwanderten, kamen 1.113 Zuwanderer. Die Abbildung verdeutlicht zudem, dass alle Bundesländer mehr Zu- als Abwanderung zu verzeichnen hatten, was zu einem gewissen Teil auf die über den Königsteiner Schlüssel geregelte Verteilung von Asylsuchenden zurückzuführen sein dürfte. Dieser sieht eine Verteilung von Asylsuchenden vor, die sich proportional zum Anteil der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern an der Gesamtbevölkerung verhält.

Abbildung 3: Zahl der Zugezogenen auf 1.000 Fortgezogene im Jahr 2014 (Deutschland)



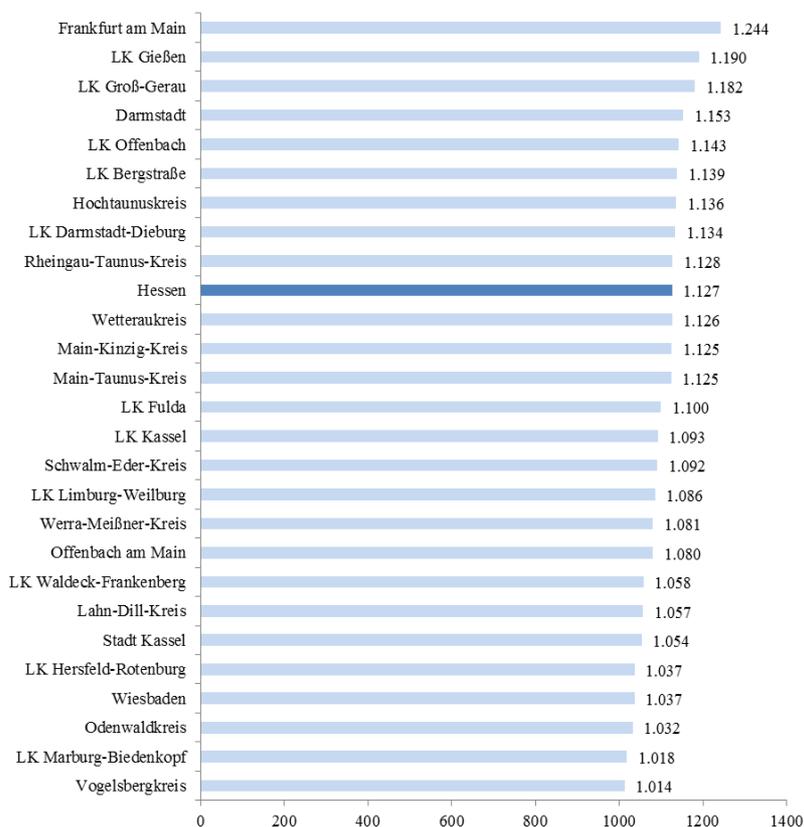
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

Dennoch sind auch hier Unterschiede zwischen den Bundesländern festzustellen. Interessanterweise weisen die beiden einzigen Bundesländer mit einem Geburtenüberschuss, namentlich Berlin und Hamburg, auch die höchsten Wanderungsüberschüsse auf. Hingegen zählen das Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt nicht nur zu den Ländern mit dem höchsten Gebur-

tendefizit. Sie weisen auch den geringsten Wanderungsüberschuss auf. Daraus wird deutlich, dass einzelne Länder in doppelter Hinsicht günstige demografische Prozesse erfahren, während andere Länder sowohl hinsichtlich ihrer natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch mit Blick auf den Wanderungssaldo vergleichsweise schlecht abschneiden.

Abbildung 4 stellt nun die entsprechenden Werte für die Landkreise und kreisfreien Städte Hessens dar. Dabei verzeichnete auch Hessen im Jahr 2014 mit 1.127 zugezogenen pro 1.000 fortgezogenen Personen einen positiven Wanderungssaldo. Insgesamt haben auch in Hessen alle Regionen von Zuwanderung profitiert. Interessant ist jedoch auch hier, dass sich weitgehend jene Regionen im oberen Segment wiederfinden, die auch schon mit Blick auf das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen vergleichsweise positiv abschnitten.

Abbildung 4: Zahl der Zugezogenen auf 1.000 Fortgezogene im Jahr 2014 (Hessen)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

Insgesamt zeigt sich, dass besonders Landkreise aus den Regionen Mittel- und Nordhessen die geringsten Wanderungsgewinne verzeichneten. Diese Regionen sind dabei demografisch zumeist in doppelter Hinsicht schlecht aufgestellt, da sie sowohl hinsichtlich ihrer natürlichen Bevölkerungsbilanz (Differenz aus Geburten und Sterbefällen) als auch im Hinblick auf ihre

Wanderungsbilanz (Differenz aus Zu- und Fortgezogenen) unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Umgekehrt lässt sich für die Region Südhessen feststellen, dass ein Großteil der dort anliegenden Kreise und Städte demografisch besonders gut aufgestellt ist.

Abschließend soll noch kurz auf die Altersstruktur der Zu- und Fortgezogenen für das Land Hessen eingegangen werden. Erwartungsgemäß zeigt sich hier, dass besonders in Universitätsstädten mit einer vergleichsweise geringen Einwohnerzahl (Marburg und Gießen) der Anteil junger Menschen (18 bis unter 30 Jahre) an allen Zugezogenen mit 67,7 (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und 67,4 Prozent (Landkreis Gießen) besonders hoch ausfällt. Am geringsten fällt dieser Wert im Hochtaunuskreis aus (45,2 Prozent). Jedoch deuten die Daten zugleich darauf hin, dass die jungen Menschen nicht dauerhaft dort verweilen: So fallen in den Kreisen Marburg-Biedenkopf und Gießen mit 64,5 und 63,5 Prozent die Anteile an jungen Menschen (18 bis unter 30 Jahre) an allen Fortgezogenen am höchsten aus.³

3 Demografische Trends in Deutschland und Hessen

Um Aussagen über vergangene und künftige Entwicklungen hinsichtlich des Bevölkerungsstandes und der Altersstruktur treffen zu können, sollen im Folgenden Daten zur Bevölkerungszahl der Jahre 2000, 2014 und 2030 herangezogen werden. Die Daten für das Jahr 2030 entstammen dabei der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts bzw. den darauf basierenden, regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Landesämter.⁴

Bei sogenannten Bevölkerungsvorausberechnungen wird der Versuch unternommen, die Bevölkerungszahl und Altersstruktur einer bestimmten Gebietseinheit für die Zukunft vorauszuberechnen. Dabei werden verschiedene Annahmen zu jenen Größen formuliert, die Einfluss auf die Bevölkerungszahl und Altersstruktur in der betreffenden Gebietseinheit nehmen. Dabei handelt es sich um die Geburtenrate, die Lebenserwartung und um den Saldo aus Zu- und

³ Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnung

⁴ Für die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen wurden die von den jeweiligen Statistischen Landesämtern aktuellsten Vorausberechnungen für das Jahr 2030 genutzt. Diese weisen den Vorzug auf, dass sie zur Vorausberechnung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur auf das Jahr 2014 als Basisjahr zurückgreifen. Die Werte für alle weiteren Bundesländer basieren auf den Daten der durch das Statistische Bundesamt durchgeführten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Hier ist das Basisjahr für die Vorausberechnung das Jahr 2013.

Fortgezogenen.⁵ So formuliert das Statistische Bundesamt in der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung jeweils zwei Annahmen zu diesen drei Einflussgrößen. Bei der Geburtenrate geht eine Annahme von einer weitgehenden Konstanz dieses Merkmals aus, während eine zweite Annahme einen sukzessiven Anstieg der Geburtenrate auf im Mittel 1,6 Geburten je Frau unterstellt. Auch mit Blick auf die Lebenserwartung gibt es zwei Annahmen, die zwar beide von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung ausgehen, eine Annahme aber einen stärkeren Anstieg unterstellt als die andere. Ähnlich verhält es sich mit dem Wanderungssaldo: Beiden Annahmen ist gemein, dass sie einen jährlichen Wanderungsüberschuss unterstellen, jedoch ist eine Annahme in dieser Hinsicht optimistischer als die andere. Kombiniert man nun verschiedene Annahmen zu den drei Einflussgrößen so gelangt man zu einer sogenannten Variante der Bevölkerungsvorausberechnung. Der Rückgriff auf die verschiedenen Varianten resultiert schließlich in unterschiedlichen Ergebnissen mit Blick auf die künftige Bevölkerungszahl und Altersstruktur.

Im Folgenden soll nun zunächst die relative Entwicklung der Bevölkerungszahl der Jahre 2000-2014 und der Jahre 2014-2030 sowohl auf Bundesebene als auch für das Bundesland Hessen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte betrachtet werden. Abbildung 5 stellt die zusammengefasste Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2000-2030 in Deutschland dar. Dabei lassen sich erneut große Differenzen zwischen den Bundesländern erkennen. Neun von 16 Bundesländern haben bereits in den Jahren 2000 bis 2014 eine Bevölkerungsabnahme erfahren, darunter Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang von bis zu 15%. Lediglich die Bundesländer Bayern (3,8%), Hamburg (2,8%), Berlin (2,6%), Baden-Württemberg (1,8%) und Schleswig-Holstein (1,5%) konnten eine Zunahme von mehr als einem Prozent verzeichnen. In den übrigen Bundesländern hat sich die Bevölkerungszahl dagegen kaum verändert. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland insgesamt belief sich in diesem Zeitraum auf -1,3%.⁶

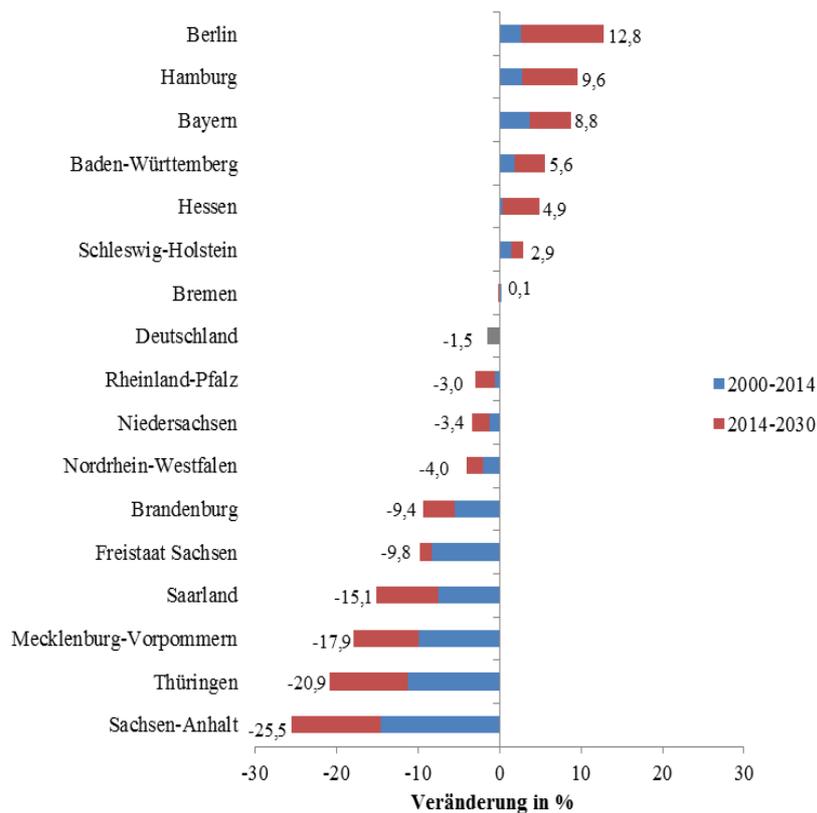
Im Zeitraum von 2014 bis 2030 werden sich den Hochrechnungen zufolge die bereits benannten Trends weiter fortsetzen. Selbst unter dem Rückgriff auf eine optimistische Annahme hin-

⁵ Der Begriff „Prognose“ wird dabei von den Verfassern bewusst vermieden, da sie nicht in der punktgenauen Prognose von Bevölkerungszahl und Altersstruktur das primäre Ziel einer Bevölkerungsvorausberechnung verorten. Vielmehr möchten sie dabei „helfen (...) zu verstehen, wie sich die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur unter bestimmten demografischen Voraussetzungen entwickeln würden.“ (Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. [Hier](#) können Sie das Dokument herunterladen).

⁶ Dies ist allerdings in weiten Teilen der Korrektur der Bevölkerungszahl geschuldet, die aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011 notwendig wurde.

sichtlich der Zuwanderung wird sich bis zum Jahr 2030 (bezogen auf das Basisjahr 2000) in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ein Bevölkerungsrückgang um bis zu einem Viertel der Bevölkerungszahl einstellen. Demgegenüber wird die Bevölkerung in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Berlin um insgesamt 5 bis 13% zunehmen. Für das gesamte Bundesgebiet beläuft sich die erwartete Entwicklung des Bevölkerungsstandes von 2000 bis 2030 auf -1,5%.

Abbildung 5: Relative Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland [2000-2030]

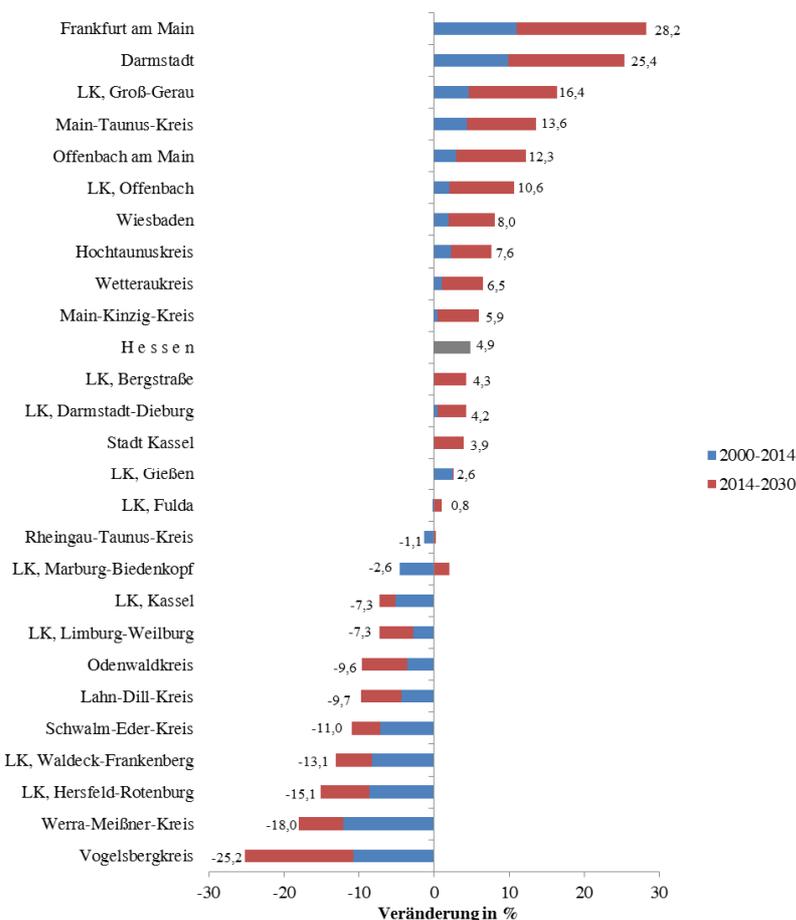


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland (für die Jahre 2000-2014); Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts sowie der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Landesämter (siehe Fußnote 2); eigene Darstellung und Berechnung.

Auch innerhalb Hessens lässt sich eine hohe Varianz zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten feststellen. In den Jahren 2000 bis 2014 gab es auf der einen Seite Bevölkerungsrückgänge in Höhe von maximal 12% (im Werra-Meißner-Kreis), auf der anderen Seite aber auch Regionen, in denen die Bevölkerungszahl z. T. recht deutlich anstieg (z.B. in Frankfurt mit 11%). Diese Entwicklungen werden sich im Zeitraum von 2014 bis 2030 weiter fortsetzen. Auf der einen Seite wird für die Bevölkerung in Frankfurt und Darmstadt für den Zeitraum von 30 Jahren ein Anstieg um mehr als ein Viertel erwartet. Auf der anderen Seite erfährt der Vogelsbergkreis eine Schrumpfung der Bevölkerungszahl um rund ein Viertel. Inte-

ressant ist, dass sämtliche kreisfreien Städte über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2030 eine positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen. Entgegen der Entwicklung auf Bundesebene (-1,5%) gestaltet sich die Bevölkerungsentwicklung in Hessen insgesamt bis 2030 positiv (+4,9%). Im vorangegangenen Zeitraum von 2000 bis 2014 hatte Hessen lediglich einen Bevölkerungszuwachs von 0,4%. Somit rekrutiert sich die geschätzte stark positive Entwicklung zum größten Teil aus den vorausgerechneten Bevölkerungsständen der Städte und Kreise in Hessen für die nächsten 16 Jahre.

Abbildung 6: Entwicklung des allgemeinen Bevölkerungsstandes in Hessen [2000-2030]

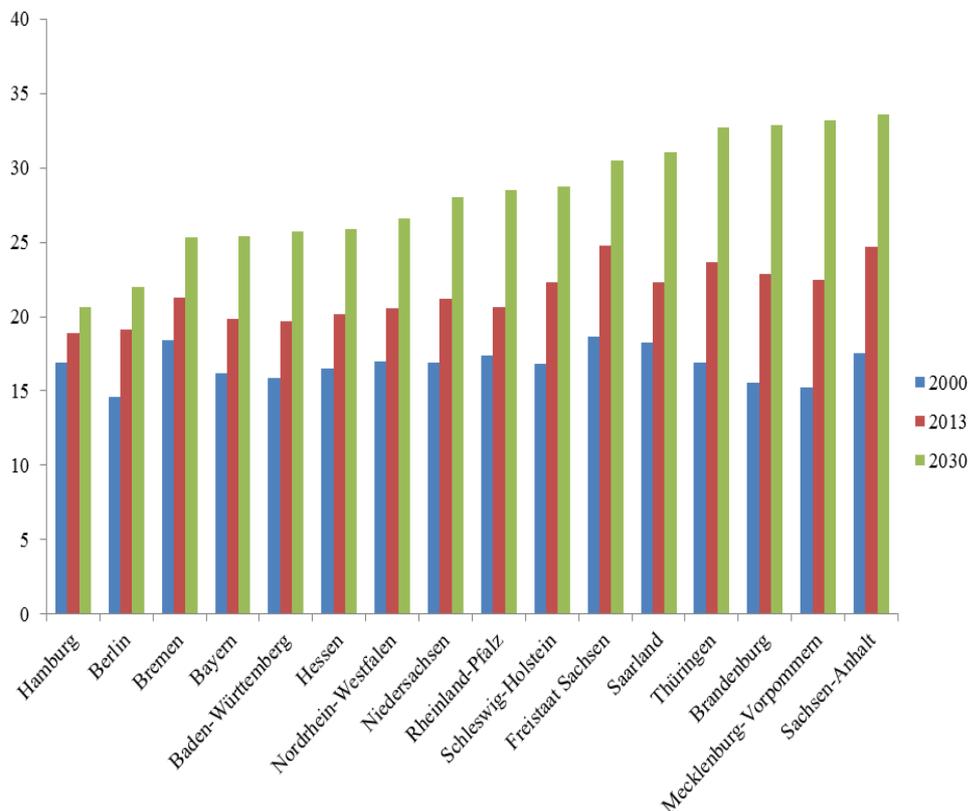


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland (für die Jahre 2000-2014); Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamts Hessen; eigene Darstellung und Berechnung.

Schließlich möchten wir uns den Aspekt der demografischen Alterung noch etwas näher betrachten. Abbildung 7 stellt hierzu zunächst, erneut für den Zeitraum 2000 bis 2013, auf der Ebene des Bundes und der Länder die Entwicklung des Anteils an Personen über 65 Jahren dar. Ähnlich zu der Reihenfolge bzgl. der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland verhält sich auch der Anteil an Personen über 65 Jahren. Bundesländer, die bis zum Jahr 2030 eine

besonders positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen, haben auch den geringsten Anteil an Personen über 65 Jahren. Entsprechend verhält es sich umgekehrt mit jenen Bundesländern, die einer besonders starken Bevölkerungsabnahme bis zum Jahr 2030 unterliegen. Diese werden auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen über 65 Jahren aufweisen. Dazu zählen unter anderem Sachsen, das Saarland, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen-Anhalt. Dort liegt der Bevölkerungsanteil über 65-jähriger im Jahr 2030 bei bis zu einem Drittel. Der am niedrigsten geschätzte Bevölkerungsanteil an über 65-jährigen liegt dagegen in Hamburg bei 20,7%. Entgegen der Entwicklung der Bevölkerungszahl, die sowohl im positiven als auch im negativen Bereich streute, nimmt der Anteil an über 65-Jährigen in allen Bundesländern zu.

Abbildung 7: Entwicklung des Anteils der Bevölkerung über 65 Jahre in Deutschland [2000-2030]

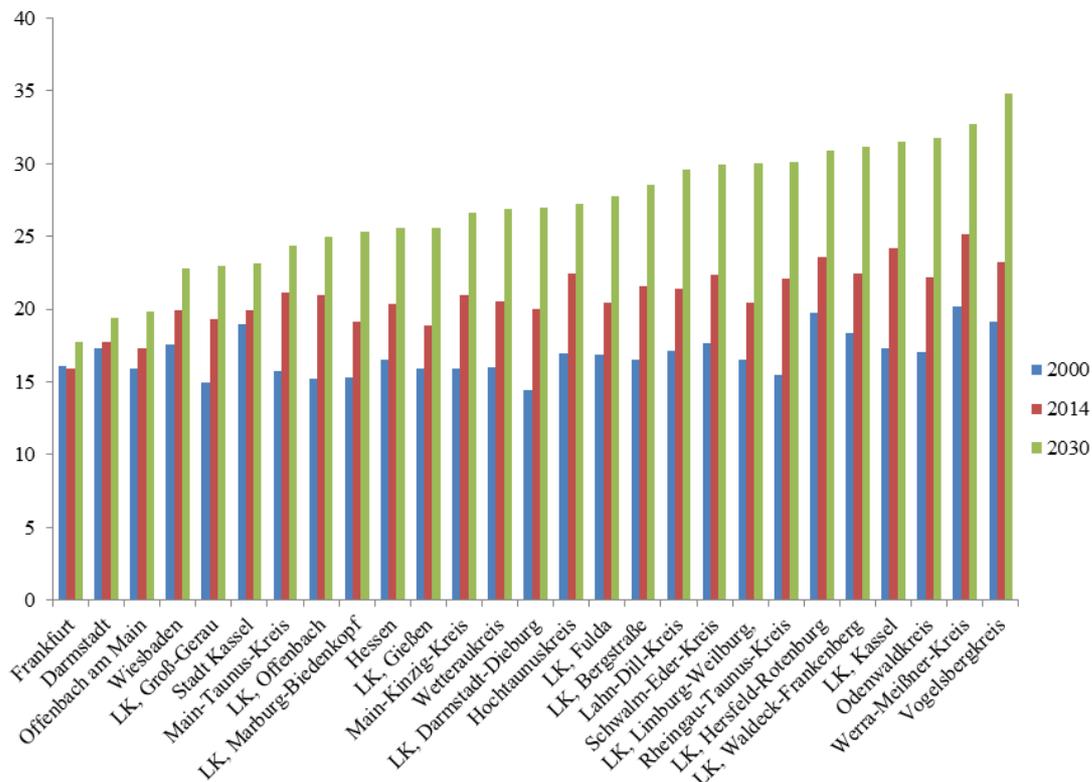


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland (für die Jahre 2000-2014; Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts sowie der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Landesämter (siehe Fußnote 2); eigene Darstellung und Berechnung.

Diese Tendenz lässt sich auch auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Hessen feststellen. Verglichen mit dem Basisjahr 2000 ist in den Jahren 2014 sowie 2030 eine stetig steigende Entwicklung des Anteils an über 65-Jährigen in der Bevölkerung zu erkennen. Die

Aufteilung hinsichtlich einer eher positiven bzw. negativen Entwicklung verteilt sich sehr ähnlich zu der Entwicklung der Bevölkerungszahl. Auch hier sind auf den vorderen Positionen Frankfurt, Darmstadt und Offenbach vorzufinden, während sich der Odenwaldkreis, der Werra-Meißner-Kreis sowie der Vogelsbergkreis erneut auf den letzten Plätzen wiederfinden. Während im Jahr 2000 noch der Landkreis Darmstadt-Dieburg den geringsten Anteil an über 65-Jährigen aufwies (mit 14,4%), wird im Jahr 2030 die Stadt Frankfurt über den niedrigsten Anteil an über 65-jährigen verfügen (mit dann 17,7%). Generell weist Frankfurt über den kompletten Zeitraum hinweg die geringste Veränderungen auf: die Werte bewegen sich hier zwischen 16,1% im Jahr 2000 und 15,9% im Jahr 2014. Den höchsten Anteil an Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr im Jahr 2030 wird der Vogelsbergkreis mit 34,8% verzeichnen. Anders als hinsichtlich der Entwicklung auf Bundesebene ist somit die Streuung auf Kreisebene in Hessen mit Werten zwischen 17,7 und 34,8% wesentlich höher. Gerade in den Landkreisen verdoppelt sich der Anteil der über 65-jährigen Menschen an der Gesamtbevölkerung nicht selten. Dies zeugt von einer größeren demografischen Dynamik in diesen Regionen.

Abbildung 8: Anteil an Personen über 65 Jahren in der Bevölkerung in Hessen



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland (für die Jahre 2000-2014); Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamts Hessen; eigene Darstellung und Berechnung.

4 Fazit

Der vorliegende Bericht dürfte verdeutlicht haben, dass es nicht angebracht ist, von *dem* demografischen Wandel zu sprechen – zu unterschiedlich gestalten sich natürliche Bevölkerungs- und Wanderungsbewegungen und zu heterogen fallen entsprechend die künftigen Trends mit Blick auf die Bevölkerungszahl und Altersstruktur aus. Zeigen sich schon auf der Ebene der Bundesländer sehr unterschiedliche Entwicklungspfade, so gestaltet sich der demografische Wandel innerhalb eines Bundeslandes – im vorliegenden Bericht wurde das Land Hessen näher analysiert – nochmals differenzierter.

Besonders auffällig ist, dass sowohl einige Bundesländer als auch bestimmte Regionen innerhalb Hessens gleich in mehrfacher Hinsicht günstige demografische Prozesse durchlaufen, während sich in anderen Ländern bzw. Regionen ungünstige Entwicklungsverläufe kumulieren. Blickt man auf die Bundesebene, so gestalten sich die demografischen Trends besonders in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg positiv: Hier fallen das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen und jenes von Zu- gegenüber Fortgezogenen im Ländervergleich am günstigsten aus. Entsprechend werden für diese beiden Bundesländer auch die höchsten Zuwächse der Bevölkerungszahl und der geringste Anteil an Menschen über 65 Jahren erwartet. Umgekehrt verlaufen die Trends insbesondere in Sachsen-Anhalt, Thüringen, aber auch im Saarland besonders negativ.

In Hessen ist die Stadt Frankfurt aus demografischer Perspektive mit Abstand am besten aufgestellt. Sie weist den höchsten Geburtenüberschuss und die höchsten Wanderungsgewinne auf und wird auch bis zum Jahr 2030 voraussichtlich weiter wachsen und gleichzeitig nur geringfügig altern. Doch auch die übrigen kreisfreien Städte nehmen günstige demografische Entwicklungsverläufe. In Teilen Mittel- und Nordhessens sind die Vorzeichen dagegen gänzlich anders: Im Vogelsbergkreis sowie im Kreis Werra-Meißner starben im Jahr 2014 rund doppelt so viele Menschen, wie Kinder geboren wurden. Auch profitieren diese Regionen nur unterdurchschnittlich von Zuwanderung. Entsprechend wird für diese Kreise auch ein zum Teil sehr deutlicher Bevölkerungsrückgang und eine starke Alterung erwartet.

Während sich die dargestellten demografischen Rahmendaten für das Jahr 2014 als belastbar erweisen, ist mit Blick auf die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen stets Vorsicht geboten. Bevölkerungsvorausberechnungen und ihre Resultate basieren auf Annahmen zur Geburtenrate, zur Entwicklung der Lebenserwartung und zum Verlauf des Wanderungs-

saldos. Diese Annahmen werden zwar stets nach bestem Wissen und Gewissen getroffen. Dies schützt aber nicht davor, dass die tatsächliche Entwicklung gänzlich anders verlaufen kann. Um es an einem Beispiel zu illustrieren: Im Zuge der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos formuliert, die einen konstant positiven Wanderungssaldo in Höhe von 100.000 bzw. 200.000 Menschen pro Jahr unterstellten. Seinerzeit wurden diese Annahme häufig als zu optimistisch kritisiert – zumeist, da die realen Wanderungsüberschüsse in den Jahren zuvor geringer ausfielen oder sogar teilweise sogar Wanderungsverluste auf Bundesebene zu verzeichnen waren. Aus heutiger Sicht wirken die angenommenen Wanderungsgewinne der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung hingegen als viel zu pessimistisch. Und auch zum Zeitpunkt der Arbeiten an der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung war allenfalls partiell abzusehen, wie sich die Situation mit Blick auf Migration in den Jahren 2014 und 2015 entwickeln würde.

Nimmt man diesen Blickwinkel ein, so ist es durchaus berechtigt, die Resultate der aktuellsten Bevölkerungsvorausberechnung als bereits überholt zu bezeichnen. Es ist nämlich, unter sonst gleichen Vorzeichen, anzunehmen, dass die hohe Migration nach Deutschland dazu führt, dass die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung die künftige Bevölkerungszahl unter- und das Ausmaß der Alterung der Bevölkerung überschätzt. Eines darf dabei jedoch nicht übersehen werden: an der regionalen Ungleichheit der demografischen Entwicklungsperspektiven wird sich durch die Migration nur wenig ändern. Im Gegenteil: Viele Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, zieht es eher in die urbanen Zentren als auf das Land. Somit dürfte sich die demografische Spaltung zwischen Stadt und Land, die wir exemplarisch für das Land Hessen herausgearbeitet haben, im Zuge der Migration eher noch verschärfen.

Impressum

Frankfurt University of Applied Sciences
Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main